

Aus Bund und Ländern

## Wettbewerbsfähige Versicherung

KÖLN. Die Versicherungsleistungen der privaten Krankenversicherung sind 1984 um etwa sechs Prozent gestiegen, die damit vergleichbaren Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung um rund acht Prozent. Der Vorsitzende des Verbandes der priva-



Privatversicherer Frommknecht: Kostenbewußte Patienten Foto: Giesen

ten Krankenversicherung, Heinrich Frommknecht, zieht daraus den Schluß, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der privaten Versicherer gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung verbessert hat.

Unterdurchschnittlich angestiegen, nämlich um nur ein bis zwei Prozent, sind die Leistungsausgaben für die ambulante ärztliche Behandlung, während für die stationäre Arztbehandlung nach Angaben des Verbandes fast zehn Prozent mehr aufgewandt werden mußten.

Frommknecht, der die Zahlen vor der Presse erläuterte, meldete bei der Gelegenheit Zweifel an, ob die Orientierung der Ausgaben an der Grundlohnsumme, wie sie in der gesetzlichen Krankenversicherung

vorgeschrieben ist und praktiziert wird, sachgerecht ist. Ausgabenzuwächse könnten auch Ausdruck des medizinischen Fortschritts sein.

Den vergleichsweise geringeren Ausgabenanstieg der privaten Krankenversicherung führt Vorsitzender Frommknecht im wesentlichen auf vier Ursachen zurück: die neue ärztliche Gebührenordnung, die Selbstbehalte, die Beitragsrückerstattungen sowie eine generell andere Einstellung des privatversicherten Patienten; der Privatversicherte sei kostenbewußter. NJ

## 800 Nachrücker in Medizin und Zahnmedizin

DORTMUND. Nachträglich zugelassen wurden Anfang April rund 800 Studenten der Medizin und Zahnmedizin, weil zuvor zugelassene Bewerber ihren Studienplatz nicht angenommen haben. Während des Semesters freiwerdende Studienplätze werden nach der bisherigen Rangfolge an abgelehnte Bewerber sofort vergeben, teilte die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund mit. jv

## In Heilbädern mehr jüngere Gäste

BERLIN. Die Talfahrt bei den Sozialkuren scheint 1984 beendet zu sein, wie eine vorläufige Bilanz des Deutschen Bäderverbandes zeigt. So wuchs in bundesdeutschen Heilbädern und Kurorten die Zahl jüngerer Gäste (ab etwa 35 Jahre) stetig. Ferner wurden leichtere Kurmittel (Thermalbewegungsbäder, Massagen, Gymnastik) wieder verstärkt in Anspruch genommen. jv

Ausland

## „Pille“ für unter 16jährige: Eltern müssen zustimmen

LONDON. Durch einen Spruch des Berufungsgerichtes ist eine aus dem Jahre 1980 stammende Empfehlung des Gesundheitsministeriums für rechtswidrig erklärt worden, nach der Ärzte nach sorgfältiger Abwägung aller Umstände Patientinnen unter 16 Jahren auch ohne Wissen und Zustimmung der Eltern über Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch beraten durften. Das Berufungsgericht gab einer katholischen Mutter von 10 Kindern recht, die in dieser Regelung einen unzulässigen Eingriff in die Rechte der Eltern sieht. Die Regierung will nun das Oberhaus als höhere Gerichtsinstanz anrufen, so daß die jetzige Rechtsunsicherheit noch längere Zeit bestehen wird. gb

## Medizinisches im US-Kongreß

WASHINGTON. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einen Gesetzentwurf abgelehnt, der die Bildung einer staatlichen Boxkommission zum Ziel hatte. Die Kommission sollte Vorschriften für die Sicherheit der Boxer, für die Wettkampfregeln und die Ausrüstung der Boxer schaffen. Auf Grund eines Beschlusses des Weltärztebundes, das Verbot des Boxens zu fordern, haben zahlreiche amerikanische ärztliche Organisationen ebenfalls ein Boxverbot verlangt – neben der American Medical Association selbst die Staatsorganisationen der Ärzte in New York und Kalifornien, die Amerikanische Akademie der Kinderärzte, die Kanadische Ärztevereinigung.

Der Gesetzentwurf war der erste Erfolg dieser Aktionen.

Angenommen hat das Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf, der unerlaubten Zugriff zu persönlichen medizinischen Daten nach Bundesrecht strafbar machen soll – das FBI wird also zuständig. Als Strafen sind ein bis fünf Jahre Gefängnis und 5000 bis 25 000 Dollar angedroht. Der Senat muß noch zustimmen. bt

## Staatsdiplom für Katastrophenmedizin

PARIS. Die Regierung hat die Schaffung eines staatlichen Diploms für Katastrophenmedizin angekündigt. Voraussetzung sind Fähigkeiten auf den Gebieten Notfallmedizin, Anästhesie, Reanimation, Chirurgie und Rechtsmedizin. Bei Lehrgängen dieser Art sind seit 1981 in Paris, Bordeaux, Marseille, Toulouse und Nancy 251 Ärzte ausgebildet worden. Praktische Übungen für die Ausbildung werden in Zusammenarbeit mit dem Sanitätsdienst, der Feuerwehr oder dem Zivilschutz durchgeführt. gn

## Waffenruhe zum Kinderimpfen

SAN SALVADOR. Durch Vermittlung der Katholischen Kirche ist in El Salvador für drei Sonntage im Februar, März und April ein Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und Rebellen vereinbart worden, damit 400 000 Kinder gegen Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Masern und Kinderlähmung geimpft werden können. Hinter dieser Aktion stehen der Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen und die Panamerikanische Gesundheitsorganisation. gb